

gehen — im festen Bündnis mit der Sowjetunion und allen sozialistischen Ländern — unbeirrt, zielklar und konsequent unseren guten sozialistischen Weg. Auf deutschem Boden, im Heimatland von Karl Marx und Friedrich Engels, vollenden wir den Sozialismus. Damit schaffen wir das große Beispiel auch für die Arbeiter, die Bauern, die Intellektuellen, für alle friedliebenden Menschen im westdeutschen Staat. Wir zeigen, was Deutsche vermögen, wenn sie sich vom Geist des Friedens leiten lassen, von den weltverändernden Ideen des Sozialismus.

Der Sozialismus wird in der ganzen Welt siegen. Wir sind überzeugt: Auch in Westdeutschland werden die Arbeiter, verbündet mit allen werktätigen Klassen und Schichten, eines Tages den Imperialismus überwinden. Auch sie werden den Weg der Demokratie beschreiten und schließlich den Sozialismus errichten. Das ist die einzige Möglichkeit, dereinst zur Vereinigung beider deutscher Staaten zu kommen. Damit die westdeutschen Arbeiter zu diesem großen Werk beitragen können, müssen sie ihre Macht zur Geltung bringen. Was der Imperialismus gesprengt hat, wird die Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten im engsten Bündnis miteinander wieder einen. Die Imperialisten haben Deutschland gespalten. Die Arbeiterklasse der beiden deutschen Staaten wird es zusammenfügen.

Wir wissen: Dieser Prozeß wird lange dauern. Aber normale und damit vernünftige Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, zwischen ihren Regierungen, gegenseitige Anerkennung und volle Gleichberechtigung — das ist schon heute dringend notwendig, das muß im Interesse des Friedens auch möglich sein. Wir haben in zwei Jahrzehnten gezeigt, daß wir bereit sind, alles Erdenkliche dafür zu tun. Die bisherigen Regierungen Westdeutschlands haben darauf stets mit gesteigertem Revanchismus, Alleinvertretungsanmaßung und zugespitzter Feindseligkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik geantwortet. Jetzt beteiligen sich sogar sozialdemokratische Minister als Erfüllungsgehilfen an dieser gefährlichen CDU/CSU-Politik. Es ist Sache der Westdeutschen, endlich in Bonn eine Regierungspolitik zu erzwingen, die Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen beiden deutschen Staaten ermöglicht. Es ist Sache auch der Westberliner, endlich eine Senatpolitik durchzusetzen, die normale und für beide Seiten nützliche Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der besonderen politischen Einheit Westberlin ermöglicht.

Nur eine solche Entwicklung bringt eine tatsächliche Entspannung, führt zur Abrüstung und liegt auch im Interesse der europäischen Sicherheit.